

# Danziger Zeitung.

No 15024.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Fetterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1885.

## Telegramme d. Danziger Zeitung.

Berlin, 9. Jan. (W. T.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde Straßmann mit 98 von 111 Stimmen als Vorsteher, Büchtemann mit 73 von 115 Stimmen als Stellvertreter desselben wiedergewählt.

Frankfurt, 9. Januar. (W. T.) Zu Ehren Stanley's hielt gestern Abend der geographische Verein eine zahlreiche Versammlung ab. Oberbürgermeister Miquel begrüßte Stanley und rühmte dessen Verdienste. Stanley schilderte, wie er dazu gekommen sei, nach Afrika zu gehen, und in welcher Weise er Forschungen dort angestellt habe, und schloß mit der Hoffnung, daß er bald wieder, wenn das Konferenzwerk glücklich vollendet sei, in Frankfurt sprechen könne. Der Vorsitzende des geographischen Vereins, Dr. Oden, überreichte Stanley ein Ehrenmitglied-Diplom mit Auszeichnung eines dreifachen Hoch. Bei dem darauffolgenden Festbankett toastete Oden auf Stanley. Der Präsident des Colonialvereins, Fürst Hohenlohe-Schillingen, gedachte der Verdienste Stanley's um die deutsche Colonialpolitik und überreichte Stanley ein Ehrenmitglied-Diplom des deutschen Colonialvereins. Stanley wies in seiner Antwort die Ansprüche Portugals auf ganz Centralafrika zurück, wünschte Deutschland, das bereits die Führung des christlichen, literarischen und politischen Europa inne habe, ungetrübte Erfolge.

Paris, 9. Januar. (W. T.) Im weiteren Verlaufe des Prozesses gegen Frau Clovis Hugues schilderte gestern die Angeklagte die moralischen Qualen, die sie infolge der hartnäckig fortgesetzten Verleumdungen Morins erduldet, und erklärte, sie empfinde keine Gewissensbisse. Die Vernehmung der Zeugen ergab nichts Neues. Nach dem Schluß des Zeugenverhörs wurde die Verhandlung auf 8½ Uhr Abends vertagt.

Paris, 9. Jan. (W. T.) Das Schwurgericht hat gestern Abend Frau Clovis Hugues von der Anklage der Ermordung Morins freigesprochen, sie jedoch mit Rücksicht auf den Civilklager zu einer Entschädigungssumme von 2000 Francs mit Zinsen, sowie in die Kosten verurtheilt.

Riga, 9. Jan. (W. T.) Das Fahrwasser der Düna bis zu deren Einmündung in die See wird durch Eisbrecher freigehalten; der Schiffsverkehr ist deshalb ganz unbehindert.

## Telegr. Nachrichten der Danz. Zeitung.

Schwerin in Mecklenburg, 8. Jan. Die Nachricht von dem Concurs der Zuderfabrik Dahlen ist unbegründet.

Wien, 8. Januar. Heute fand das feierliche Leichenbegängnis des Fürsten Adolf Auerberg statt. Der Kaiser und der Kronprinz hatten zu demselben Vertreter entsandt; Ministerpräsident Taaffe, die Minister und viele Notabilitäten wohnten demselben persönlich bei.

Basel, 8. Januar. Wie die „Allgem. Schweizer Zeitung“ meldet, ist bei dem heute früh 7 Uhr bei der Station Dettikon, unweit Zürich, stattgefundenen Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge Niemand getödtet worden, wohl aber wurden mehrere Personen verwundet; ein Schaffner ist lebensgefährlich verletzt. Eine Locomotive und 6 Wagen wurden ganz oder theilweise zertrümmert. Der Zusammenstoß soll durch unrichtige Weichenstellung herbeigeführt sein.

Sandringham, 8. Jan. Heute begannen die zur Feier der Grobjährigkeit des Prinzen Albert Victor, ältesten Sohnes des Prinzen von Wales, veranstalteten Festlichkeiten. Zur Theilnahme an denselben sind die meisten Mitglieder der königlichen Familie und zahlreiche andere hohe Gäste hier eingetroffen. Von einer großen Anzahl von Städten sind Deputationen entsendet, welche Glückwunschsadressen überreichen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Januar.

Die erste Sitzung des Reichstags nach den Ferien hat durch einen Unfall, den wir einen guten nennen möchten — wie auch das Resultat des Hauptkampfes sein wird — die großen Gegenfälle in voller Schärfe hervortreten lassen, welche das öffentliche Leben in Deutschland seit 1879 geseigt hat. Nicht die kleinen und untergeordneten Fragen, welche einen Theil der Nation in den letzten Wochen ansehnend und in Folge einer künstlichen Bewegung am meisten beschäftigt haben, sind es, welche den Reichskanzler von den entschiedenen liberalen Männern in Deutschland trennen, sondern das, was er gestern selbst in so deutlichen Zügen in den Vordergrund gestellt hat: seine neue, seit 1878 veränderte Wirtschaft- und Steuerpolitik.

Niemand hatte vor der Sitzung eine Ahnung davon; man glaubte — und der Reichskanzler glaubte es auch, wie er gesagt hat — daß die Colonialpolitik der Gegenstand der Verhandlung sein würde; der Zufall wollte es anders. An der Auswanderungsfrage, welche ein Mitglied des Centrums anregte, entwickelte sich eine Verhandlung im großen Stil, ein Vorgetrieb über die bevorstehenden Debatten in Betreff der Erhöhung der Getreidezölle. Der Herr Reichskanzler hat daselbst wider Erwarten herbeigeführt. Nicht Mal hat er das Wort ergriffen und wir wissen jetzt, daß er die Initiative in Betreff der Erhöhung der Getreidezölle nicht dem Reichstag überlassen will, sondern daß er wünscht, daß der Bundesrath eine Vorlage einbringt. Daß dies geschehen wird, wenn die preussische Regierung den Anstoß dazu giebt, wie er angekündigt hat, ist nicht zweifelhaft.

Nun, damit wenigstens kann man zufrieden sein, daß diese Frage endlich aus dem Halbdunkel der officiellen und agrarischen Agitation herausgerückt und in das hellste Licht der parlamentarischen Verhandlungen getreten ist. Jetzt ist alles klar zum Gesicht. Jetzt ist die große Frage offiziell auf die Tagesordnung gestellt: ob die Erhöhung der Getreidezölle wirklich im Interesse der Gesamt-

heit der Nation liegt? Die nächsten Wochen werden darüber entscheiden, ob wiederum, wie vor fünf Jahren, einem kleinen Theile von Besitzern auf Kosten des weitaus größten Theiles des Volks ein Geschenk gemacht werden soll, oder ob es gelingt, die drohende weitere Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel abzuwehren. Jetzt kommt es auch zur Geltung, wenn das Volk selbst seine Stimme in die Waagschale wirft. Die Agrarier haben ein bequemes Argument für ihre Pläne in dem Hinweis auf die zahlreichen von ihnen ins Werk gesetzten Petitionen. Sie können auf eine ganze Menge solcher Eingaben pochen, die eine Erhöhung der Getreidezölle wünschen, und sind, wie wir vorhergesagt haben, gleich zur Hand mit der Behauptung: „Das Volk steht hinter uns.“ Der Eifer, den diese kleine Gruppe zur Erreichung seiner Ziele entfaltet hat, hätte dem wirklichen Volke ein schärferer Sporn sein sollen, auch seinerseits mit größerem Nachdruck zur Wahrung seiner Interessen einzutreten, als es bisher geschehen ist. Aber noch ist es Zeit! Wenn jetzt die bedrohten Massen der Kleingrundbesitzer, der Handwerker, der Arbeiter und aller derjenigen, die ihr Brod nicht vertheuern lassen wollen, ihre Augen offen halten, wenn sie sich wie ein Mann erheben und Protest einlegen, dann würde der schwere Kampf, der den Liberalen im Parlamente bevorsteht, nicht ohne Hoffnung auf Erfolg sein. Trotz des Kanzlers und der Conservativen, die recht bezeichnender Weise immer in einen wahren Beifallssturm ausbrechen, wenn die Erhöhung der Getreidezölle in den Vordergrund geschoben wurde, trotz der mehrmals zweifelhaften Haltung des Centrums und eines Theils der National Liberalen wäre dann nicht alle Aussicht geschwunden, den verhängnisvollen schützöllnerischen Ansturm abzuwehren.

Was die Art und Weise des gestrigen Redetourneurs anbelangt, so können wir aus den hinterlassenen Bericht über die Verhandlungen vernehmen. Es mag sich Jeder daraus ein Urtheil bilden. Niemand wird den freisinnigen Rednern das Zeugniß versagen können, daß sie streng sachlich gesprochen haben und daß sie auch in der Abwehr der gegen sie erhobenen Anschuldigungen so möglich wie möglich waren. Auch der Abg. Richter, dem man früher wohl mandala zu große Schärfe zum Vorwurf gemacht hat, blieb den Angriffen des Reichskanzlers gegenüber kühl und ruhig. Wir können damit nur einverstanden sein und zweifeln nicht, daß es die Wähler auch sein werden. In greifendem Contraste hierzu stand der Fürst Bismarck, der wiederum mit größter Erregung auftrat und wie immer mit den heftigsten persönlichen Angriffen gegen die Freisinnigen nicht fargte. Diesmal fehlte dazu jeder Anlaß. Wohin soll das führen? Soll es nicht mehr gestattet sein, Regierungsmassregeln und Regierungsbefehle in ihren Wirkungen zu kritisieren vom Standpunkte derjenigen, die verfassungsmäßig verpflichtet sind, dies zu thun?

Das ist neben den Getreidezölle die weitere Frage, die gestern in den Vordergrund gerückt worden ist! Hoffen wir, daß es nicht gelingen wird, auf diesem Wege das Parlament in seinen wichtigsten Rechten zu verkürzen. In dieser Frage sind nicht die Freisinnigen allein, sondern alle Parteien des Reichstags theilhaftig, wenn anders sie nicht einer absoluten Kanzlerherrschaft zusteuern wollen.

Die Ankündigung, daß die Freisinnigen eine Reihe von Initiativentwürfen einbringen würden, ist, wie uns einer unserer Correspondenten schreibt, noch etwas voreilig. In Vorbereitung sind bis jetzt nur Entwürfe zur Sicherung des geheimen Wahlrechts durch eine Ergänzung der Strafbestimmungen gegen Wahlbeeinflussung und durch Abgabe der Stimmzettel in geschlossenen Briefcouverts u. dgl.

Schutzzoll und Colonialpolitik drohen in einen merkwürdigen Conflict zu gerathen. Der Hauptwerth des Territoriums von Angra Pequena besteht bekanntlich in den reichhaltigen Kupferlagern. Da steigen nun in den Kreisen der einheimischen deutschen Kupferinteressenten schwere Besorgnisse auf, daß ihnen ein gefährlicher Concurrent erwachsen wird, wenn erst die Lüderitzschen Bergwerke ausgebeutet und ihre Produkte auf den deutschen Markt gebracht werden. So schreibt die der Colonialpolitik sonst sehr gewogene „Saale-Zeitung“:

„Die einzige Kupfergewinnung von Bedeutung in Deutschland findet in der Grafschaft Mansfeld statt; bisher stand sie in hoher Blüthe, wie die Reinerträge ausweisen; unter mühseliger technischer Leitung hat die Gewerkschaft große Schwierigkeiten zu überwinden gelernt, augenblicklich aber befindet sie sich in keiner beiderseits werthen Lage. Die Erleichterung des bergbaulichen Betriebes durch Wassereinträge und andere Ungleichheiten ziehen wir dabei nicht in Betracht, sie sind hoffentlich vorübergehend, aber sie sind eine schlimme Zugabe zu dem Hauptbedenken, dem niedrigen Stande der Kupferpreise, deren Besserung nicht zu erwarten ist, so lange die Concurrenz der billigeren reichhaltigeren amerikanischen Kupfererze zunimmt. Wir sind deshalb der Ansicht, daß der Staat weder direct noch indirect zum weiteren Herabgehen eines Industriezweiges beitragen darf, soweit es nicht höhere Gesamtinteressen erfordern.“

Wie lange wird es noch dauern, bis auch hier der Ruf nach Schutzzöllen erfolgt? Wir werden ihn sicherlich in dem Augenblick zu hören bekommen, wo die erste Schiffsladung Angra Pequena-Kupfers in Bremen gelandet wird. Und was dann?

Dem „Courrier de Bruxelles“ zufolge wird den belgischen Kammern noch vor Ablauf der Session der Entwurf einer Wahlreform-Vorlage zugehen.

Zur westafrikanischen Konferenz schreibt die „Ball Mall Gazette“: „Es scheint nicht unwahrscheinlich, daß Frankreich alle schönen Pläne der westafrikanischen Konferenz scheitern machen dürfte, indem es sich weigert, sich mit den Grenzen des neuen Congo-Staates einverstanden zu erklären, die Jedermann anerkennen will, aber Niemand befestigen kann. Frankreich besteht kraft des von de Brazza aufgepflanzten Schuttschufs auf sein „Recht“, nicht nur auf den Besitz eines ungeheuren Landstriches,

der sich von Gaboon bis nach Stanley-Pool erstreckt, sondern auch auf beide Ufer des Congo mehrere Meilen oberhalb Stanley-Pool. Wenn dieser Anspruch anerkannt würde, dann würde der Congo eine Sackgasse werden, deren Endpunkt die Tasche Frankreichs ist. Die Cataracte sind schlimm genug, aber eine französische Annerexion beider Flußufer würde noch schlimmer sein. Man könnte wohl die Cataracte durch eine Eisenbahn umgehen, aber nicht eine französische Blockade.“

Die Vorschläge Frankreichs in der ägyptischen Frage bilden augenblicklich den Gegenstand eingehender Erörterungen unter den Mächten. Die englischen Gegenentwürfe begegnen bis jetzt überall einer sehr kühlen Aufnahme. In diplomatischen Kreisen glaubt man an das Zustandekommen einer neuen Konferenz, namentlich weil eine solche von Deutschland und Oesterreich lebhaft befürwortet wird.

Wenn die Pläne des Generals Wolseley nicht durch unvorhergesehene Hindernisse durchkreuzt werden, wird die Spitze seiner Armee in sechs Tagen die Bajuda-Wüste durchqueren und bereits den Nil bei Schendi erreicht haben. General Wolseley meldet in einer Depesche an den Kriegsminister aus Korti vom gestrigen Tage, ein Lebensmittel-Transport werde unter starker Bedeckung sofort nach Gaddul aufbrechen. General Stewart werde heute mit einem anderen Transport nach Metammeh am rechten Nilufer, gegenüber Schendi, abgehen, das er wahrscheinlich am 15. Januar belegen werde. Im Falle derselbe dort einen Dampfer vorfinde, werde er sofort Verbindungen mit General Gordon herstellen — im Falle die Rebellen alles ruhig gelassen hätten, hätte hinzugefügt sein sollen. Alle Nachrichten nämlich, die über die Bewegungen des Mahdi vorliegen, lassen darauf schließen, daß seine Truppen in großer Stärke sich concentriren, um bei Metammeh die Engländer zu empfangen. So telegraphirt der Correspondent der „Daily News“ in Korti unterm 4. d.: „Ich erfahre aus einer besonderen Quelle, die sich bisher als zuverlässig erwiesen hat, daß der Mahdi nach den letzten Angriffen gegen Nubien seine dort versammelten Streitkräfte zurückgezogen hat und sich gegenwärtig unweit Metammeh mit der Absicht concentrirt, dort die Ankunft der britischen Colonie zu erwarten und sich auf dieselbe zu stützen, wenn die Mannschaften von ihrem langen Marsche erschöpft sind. Die Rebellen sollen 28 000 Mann zählen, doch dürfte man bei dieser Angabe die orientalische Uebertreibung betrachten.“

Hier wird es also aller Wahrscheinlichkeit nach zum ersten und entscheidenden Zusammenstoße kommen.

## Reichstag.

19. Sitzung vom 8. Januar.

Die zweite Staatsberathung wird mit dem Etat des Reichsamt des Innern fortgesetzt. Tit. 1. (Staatssecretär des Innern 36 000 A.) benutzt Abg. Lingens, um die Berichte der Fabrikinspektoren zur Sprache zu bringen, die wesentliche Fortschritte i. J. 1883 constatiren.

Bei Kap. 7 b Tit. 1. „Reichscommissariat für das Auswanderungswesen“ verlangt Abg. Lingens unter Anerkennung der bisherigen Controle des Auswanderungswesens, daß noch mehr für Ordnung und Sittlichkeit während der Fahrt gesorgt und Vorkehrungen gegen den Wucherhandel getroffen werden.

Abg. Hasenclever fragt an, warum das Auswanderungsgezet, das für die Session von 1882 angekündigt gewesen sei, noch immer nicht dem Reichstage vorgelegt sei; ferner, warum der Commissar für Auswanderungswesen noch nicht den Jahresbericht erstattet habe. Wenn die coloniale Frage dazu benutzt werden soll, gerade unsere Landsleute in solche unwirthlichen Gegenden zu führen, sie ins Elend zu bringen, da würde ich mich doch sehr freuen, dafür beizutragen. Es wäre besser, wir schafften einmal reinen Aich in Deutschland selbst, wir machten eine gute sociale Reform, aber nicht wie sie von der Regierung kommt. Wir haben in Deutschland so viel zu colonisiren, wir haben noch so viel unwirthlichen Gegenden, die wir noch urban machen können.

Staatssecretär v. Bötticher: Auch ich sehe es als einen Verlust an, wenn Leute, deren Arbeitskraft dem Vaterlande zu Gute kommen kann, das Land verlassen. Die Frage der Colonialpolitik hat damit aber nichts zu thun; ich hoffe vielmehr, daß die Arbeitskraft der in den deutschen Colonien Lebenden dem Vaterlande nicht verloren gehen wird. Das Auswanderungsgezet ist nur deshalb nicht vorgelegt, weil über diese Materie noch Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Ressorts ihrer Erledigung harren. Der Jahresbericht des Commissars für das Jahr 1884 ist in kurzer Zeit zu erwarten. Von Seiten der Regierung wird vor der Zeit aus dem Lande geholt, sobald von diesen bekannt wird, daß sie Gefahren für deutsche Auswanderer mit sich bringen. Das wird auch in Zukunft geschehen; aber eine Einmischung in die Jurisdiction fremder Staaten kann vom Reichscommissar bekannt gewordenen Fällen stets aufs eingehendste untersucht werden. Eine Controle deutscher Schiffe im Auslande durch deutsche Commissare ist nicht thunlich. Im Allgemeinen sind die Klagen über unsere Auswandererschiffe selten. Die Engländer benutzen mit Vorliebe deutsche Schiffe, weil deren Einrichtung ihnen besser gefällt als die der englischen. Auf den holländischen Schiffen werden den Auswanderern allerdings kleine Vortheile geboten, aber die Einrichtung ist dort so schlecht, daß Jeder, der ein Mal auf einer holländischen Linie gefahren ist, sich verstimmt, es nie wieder zu thun.

Abg. Meier (Bremen) erörtert zunächst die Vorräge der deutschen Auswanderungs-Beförderung vor der ausländischen. Die Regierung geht sehr entschieden vor in der Verbindung der Auswanderer, und die Agenten sind unter eine strenge Controle gestellt. Aber die Folge ist, daß die Auswanderer in die Hände von Winkelagenten getrieben werden, die sich jeder Controle entziehen, und da ist ein wunder Punkt bei der Auswanderung. Ich wünsche, daß das Auswanderungsgezet, das jetzt verhandelt wird, und das, wie ich glaube, aus der Feder des Abg. Kapp herrührt, zur Annahme käme. Die Auswanderer würden alsdann unter solchen Schutz kommen, wie sie ihn vom Vaterlande verlangen können, und auch in der Ferne die Verbindung mit Deutschland fortsetzen. Wie die Colonisation jetzt in

vielen Köpfen in Deutschland spult, wird sich dieselbe nie ausführen lassen. (Sehr richtig!) Wenn die Leute nicht in vernünftiger Weise davon zurückgehalten werden, so könnten diese Gedanken Manche ins Unglück führen. (Sehr richtig!) Darum ist es auch so ungeheuer viel werth, daß die Regierung sich auf derartige Projecte nicht einläßt. Dagegen wird eine Politik, wie sie uns jetzt in den Vorlagen über Kamerun und Angra Pequena entgegentritt, auf allgemeine Zustimmung im ganzen Lande zu rechnen haben. Niemand werden wir uns dazu verstehen können, Leute nach Afrika zu schicken, damit dieselben dort Ackerbau treiben. Wollen aber Leute das freiwillig thun, nun, so mögen sie das thun unter eigener Verantwortlichkeit, sie sind ja freie Menschen, und unsere Gesetze gestatten ihnen, auszuwandern.

Abg. Windthorst: Ich bin der Meinung, daß man im Prinzip der Auswanderung entgegenarbeiten sollte; so muß jedenfalls, wer auswandern will, erst seine Pflichten gegen das Vaterland erfüllt haben, ehe er anderswo eine Heimath sucht und findet. Die Idee der Colonisation wird wesentlich von dem Glauben getragen, Arbeitskräfte, die hier überflüssig sind, anderswo zu verwenden; doch will ich hier diese Frage nicht erörtern, da sich dazu noch besonders Gelegenheit bieten wird. Es ist vollständig falsch, daß Deutschland erst jetzt zu colonisiren anfange. Das deutsche Volk hat sich in Nordamerika bereits sehr viele Colonien geschaffen und der deutsche Einfluß ist daselbst von großer Bedeutung geworden.

Abg. Dörf (Gotha): Die Klagen der Auswanderer sind durchaus begründet. Es könnte endlich von der Regierung dafür Sorge getragen werden, daß die Verträge, die in Deutschland mit den Auswanderern abgeschlossen werden, auch thatsächlich zur Erfüllung gelangen.

Abg. Dirichlet: Es ist im Laufe der Discussion sehr viel von einer Abnahme der Auswanderung die Rede gewesen, jedoch es den Anschein gewinnen könnte, als sei dieselbe überhaupt auf einem niedrigen Niveau angekommen. Dem gegenüber constatire ich, daß seit 1884 eine kleine Abnahme gegen das Jahr 1883 stattgefunden hat, daß die Auswanderung aber trotzdem jetzt dauernd eine fünf Mal so starke als vor 1879 ist. Es muß dies klar gestellt werden gegenüber den Bemerkungen von dem Rückgang der Auswanderung und den daraus gezogenen Folgerungen auf die Segnungen des neuen Zolltarifs. (Aha!) Also mit Ausnahme der Kriegsjahre ist die Auswanderung vor 1879 nie so hoch gewesen.

Abg. v. Kardorff: Es ist sehr gewagt von dem Abg. Dirichlet, zu behaupten, daß der Zolltarif an der Auswanderung Schuld sei. (Widerspruch.) Wie würde aber die Auswanderung sich erst gestaltet haben, wenn die Hunderttausende von Arbeitern der Eisenindustrie in Folge des Rückganges derselben ohne Beschäftigung gewesen wären! Wenn der Abg. Dirichlet aber behauptet, die Auswanderung sei heute fünfmal so stark, wie vor 1879, so scheint mir dies durchaus unrichtig. (Auf: Janohli!) Nach meiner Rechnung muß der Durchschnitt unrichtig sein. Die Auswanderung von Hamburg aus kann nur zu der Behauptung veranlaßt haben; ein solcher einziger Ort kann doch aber nicht maßgebend sein.

Abg. Dirichlet: Der Abg. Kardorff sagt, es wäre von mir gewagt gewesen, die gesteigerte Auswanderungsziffer mit den Zollverhältnissen in Verbindung zu bringen, und fährt dann fort, daß die Auswanderung ohne den Zolltarif vielleicht noch viel schlimmer geworden wäre. Wenn man auf Zahlen gegründetes Urtheil gewagt ist, dann sind die Argumentationen des Abgeordneten Kardorff tollkühn. Ich halte, was ich gesagt habe, vollständig aufrecht, nämlich, daß die Auswanderung, wie das l. statistische Amt, vor dem der Abg. v. Kardorff mehr Respekt haben wird als vor meinen Anschauungen, bis zum Schluß des Jahres 1883 in den vier Jahren 1880, 81, 82, 83 durchschnittlich zwischen 5 Mal und 6 Mal so stark gewesen ist, als in den Jahren vor 1880. Wenn Abg. v. Kardorff darin einen Zufall erblicken will, so muß ich das ihm überlassen. Ich will aber auch nicht behaupten, daß ein mathematischer Beweis dafür führen kann, daß ein Causalnexus zwischen der Auswanderung und dem Zolltarif besteht, wenn aber eine Veranschaulichung, fast eine Veranschaulichung der Auswanderung, und zwar inclusive der über Antwerpen, stattgefunden hat, dann ist doch die Wahrscheinlichkeit des Causalnexus, den ich hervorhebe, jedenfalls größer, als die des Herrn v. Kardorff, der ausführt, was geschehen wäre, wenn etwas anderes nicht geschehen wäre. Wenn dann Herr v. Kardorff von einer allmählichen Steigerung der Auswanderung gesprochen hat, so ist das angesichts der Thatlagen zum mindesten naiv. Es sind 1879 33 000, 1880 106 000, 1881 210 000 Leute ausgewandert, das nennt Herr v. Kardorff eine stetige aber allmähliche Steigerung.

Fürst Bismarck: Der Vordröner nimmt an, daß die Auswanderung eine Folge des Druckes sei, den das 1878 eingeführte Schutzzollsystem auf unsere Wohlhabenheit geübt habe. Ich erwidere ihm darauf: die Ziffer der Auswanderung ist ein ganz genauer Maßstab für das Steigen unseres Wohlstandes; je besser es uns geht, desto höher ist die Ziffer der Auswanderung, und daß die Ziffer der Auswanderung 1880/81 höher war, ist der Beweis, daß der Schutzzoll seine Wirkung auf unsere Industrie gethan hat, und daß es viel mehr Leute in dem Jahre gab, die das Geld für die Ueberfahrt und den Landanlauf drüben besaßen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist allein der Maßstab, nach dem sich die Auswanderung richtet. In den Jahren des Blutmanes, in dem wir uns unter dem Freihandel befanden, schwand die Ziffer der Auswanderung, sie ging herunter, weil die Leute das Geld der Ueberfahrt und des Ankauts drüben nicht erwischen konnten. In dem Jahre 1871/72, wo ja bei uns alles im Golde der Milliarden sich reich fühlte, fanden sich wiederum sehr viel mehr Leute, die bereit waren, auszuwandern. Ich gebe zu, daß unter Umständen die Neigung, sich dem Militärdienst, bei den Bauern die Neigung, sich den Grundbesitzern und den hohen Communalabgaben, die Gemeindefiscalen, der Kreisfiscalen, der Grundsteuer, alles desjenigen, was bei uns dem Landwirth die Ausbeutung seiner Scholle erschwert, so viel größer als in Amerika, daß das an sich anzieht. Aber nur die privilegierten unter den Arbeitern, die etwas verdient haben, die wahren aus. Es sind nicht die Elenden, die auswandern, das ist ein vollständiger Irr-



thum und eine Umkehr der ganzen Sachverhältnisse, wie sie wirklich liegen. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Die Aeußerungen des Reichstanzlers stehen mit den thatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch. In den letzten Jahren sind namentlich große Schaa ren von Tabaksarbeitern von Hamburg aus ausgewandert. Das ist nicht als ein Symptom der steigenden Wohlhabenheit dieser Leute anzusehen, sondern es ist gegeben, weil die Tabaksindustrie durch die mannigfachen Beunruhigungen derart ruiniert worden ist, daß die Leute gezwungen sind, auszuwandern. Wenn dem gegenüber dann gesagt wird, diese Arbeiter werden durch die guten Verhältnisse in Amerika angezogen, so ist auch hier das Umgekehrte der Fall. In Folge der Auswanderung der Tabaksarbeiter ist eine solche Concurrenz in Amerika entstanden, daß von dort aus sogar gewarnt worden ist vor der Auswanderung. Wenn die Auswanderung, wie der Reichstanzler behauptet, in der steigenden Wohlhabenheit ihren Grund hätte, so müßte sie doch aus den Gegenden am stärksten sein, wo die Wohlhabenheit am größten ist. Sie findet aber thatsächlich statt aus Westpreußen, Mecklenburg, Pommern, Posen. Diese Thatsachen schlagen den Reichstanzler vollständig. Wenn derselbe dann behauptet, daß die Leute auswandern, welche sich ein Gewissen gekauft haben, so ist zu entgegnen, daß die Auswanderungskosten nicht nur von den Auswanderern selbst bezahlt werden, sondern von den Verwandten und Freunden in Amerika werden die Gelder dazu häufig geschickt. Diese Unterstützungen verstärken die Auswanderung. Treiben die Communalsteuern und die Grundsteuer zur Auswanderung, dann müßten diejenigen Gegenden, wo diese Lasten am größten sind, die meisten Auswanderer liefern. Es überwiegen aber hierbei die großen Güterbezirke, namentlich Mecklenburg. Früher hat freilich der Reichstanzler selbst als den rechten Grund anerkannt, daß die Auswanderung am stärksten sei in jenen Gegenden, wo es erloschen sei, zu einem selbstständigen Besitze zu kommen. (Rufe rechts: aha!) Seine Ersparnisse in einem kleinen Besitze anzulegen. In Vorpommern ist nicht nur der Grundbesitz stark, sondern viel Besitz liegt auch in todtter Hand, in der Hand der Städte, der Universitäten, Stiftungen und Schulen, und dadurch ist die Zahl der kleinen Besitzungen, welche käuflich sind, ganz außerordentlich vermindert. Dann spielen die Militärverhältnisse auch eine erhebliche Rolle; das geht daraus hervor, daß wir in jedem Jahre über 10 000 Untersuchungen wegen unerlaubter Auswanderung anstellen. Dieses Moment hat nun in den Jahren 1872 und 1873 mitgewirkt, die Auswanderung besonders zu steigern. Damals war es wahrlich nicht steigende Wohlhabenheit, sondern es bestand eine allgemeine Verfassung, daß ein neuer Krieg entstehen würde (Widerspruch), das ist sogar amtlich constatirt worden. In dem Maße, wie man dann fand, daß der Friedensschluß Dauer habe, ist nach 1872 die Auswanderung gesunken, bis sie 1880 wieder zu steigen begonnen hat. Ich sage dies alles nur, um darauf hinzuweisen, wie mißlich es ist, zu sagen post hoc, ergo propter hoc. Die Thatsachen beweisen uns doch, daß die großen Segnungen, die man sich von der neuen Wirtschaftspolitik versprochen, als solche vom Volke nicht empfunden worden sind. Sonst würden die Leute, wenn sie alles geglaubt hätten, was man ihnen in Aussicht gestellt hatte, eher einen Antrieß darin gefunden haben, zunächst unstillig zu werden und abzuwarten. Sie sollten überhaupt gerade nicht so viel von den Segnungen der Wirtschaftspolitik sprechen. Der Zundertrach ist so groß, daß Sie alle Ursache haben, von diesen Segnungen zu schweigen.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat zuerst als Widerlegung dessen, daß die Fähigkeit auszuwandern und das Passagegeld zu bezahlen kein Zeichen von vergleichsweise Wohlhabenheit sei, angeführt, es seien nach den Tabakssteueranträgen eine erhebliche Anzahl von Tabaksarbeitern ausgewandert. Nun, diese Arbeiter müssen doch immer die Mittel gehabt haben, ihre Lebenshaltung zu bezahlen. Wenn sie diese gehabt haben, so widerspricht das ja gar nicht meiner Behauptung, daß nur Wohlhabende auswandern. Außerdem glaube ich nicht, daß das mit unseren Tabakssteuern zusammenhängt. In Amerika ist der Tabak 20 Mal oder 10 oder 6 Mal, ich weiß nicht, wieviel höher bepreist, als bei uns. (Sehr richtig! rechts.) Daß das Colorado für die Tabaksarbeiter gerade Amerika sein sollte, habe ich mir bisher nicht denken können. (Bravo! rechts.) Der Abg. hat gesagt, diese Leute seien ausgewandert, weil ihre Zukunft verfinstert wurde. Wenn ich seinen Satz auf irgend einen Theil der Bevölkerung als richtig gelten lassen kann, so ist es für die Landwirthe. Die leben, wenn sie noch nicht ruiniert sind, doch vor Augen, daß sie bei der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes dem Ruine entgegengehen und daß sie am besten thun, zu verkaufen, was sie noch haben, um drüben ein neues Leben anzufangen. (Sehr richtig! rechts.) Damit fällt denn auch dieses ganze unbegründete Argument, was der Abgeordnete für sich, aber im Grunde gerade für mich aufstellt, daß nämlich aus den landwirthschaftlichen Gegenden die Auswanderung gerade am zahlreichsten und daß sie aus den wohlhabenderen Gegenden weniger zahlreich ist; mit anderen Worten, daß aus den westlichen Provinzen, aus den dichter bevölkerten Provinzen, aus denen, wo eine blühende Industrie existirt, die Auswanderung geringer ist. Wo bloß die Landwirtschaft den Haupterwerbseigenthum bildet, ist sie sehr viel stärker. Wohin weist dieser Wegweiser uns? Wo Industrie und Landwirtschaft sich einander unter die Arme greifen, wie in Westfalen und am Rhein, wo die höheren Kornpreise sind, die Sie immer fürchten, da sind die Leute hinreichend in der Lage, um auf die Auswanderung zu verzichten. In den rein landwirthschaftlichen Provinzen, da zeigt es sich überall, wie der Landwirth fühlt, daß er allmählig der Verarmung entgegengeht, und er wendet sich dahin, wo die Segnungen des Schutzolls viel höher ausgebildet sind, nämlich nach Amerika. Er findet sich dort gegen die Nachwirkungen des Freihandelsystems, die bei uns noch sind. Vor Allem kann er in Amerika einen lobenden Auerbach betreiben; ob er das bei uns noch kann, ist sehr zweifelhaft. Es wäre eine sehr große Calamität, wenn bei uns die Preise für Getreide so weit sinken würden, daß für dieselben Getreide bei uns unter unseren Steuer- und Schuttschuttsverhältnissen überhaupt nicht mehr gekauft werden könnte; es wäre ein großes nationales Unglück, das größte, was uns betreffen könnte, weil es die zahlreichste Erwerbsklasse im Lande treffen würde. Der Abg. Richter hat ferner gesagt, die Communalsteuern in den genannten Landestheilen seien nicht am höchsten. Die Communalsteuern sind es ja nicht allein. Es ist der Mangel an Schutz für das Gewerbe, was der Landwirth betreibt, und die übermäßigen Lasten, die gerade auf dieses Gewerbe allmählig abgehoben sind von allen Seiten her; in erster Linie eine Schuttschuld von einer für manche Gemeinden kaum erträglich hohen Höhe (Sehr richtig! rechts), für die die Staatshilfe dringend nothwendig ist, die Wegbaulast, die Grundsteuer — kurz alles das, was der Staat für gut findet, auf die Commune abzuwälzen; da braucht man nicht für jedesmal die Bewilligung des widerstrebenden Landtages und Reichstages. So sind alle die drückenden Lasten, die im Grunde Staatslasten sind, weil unsere Gesetze sie geschaffen haben, auf die Gemeinden abgehoben. Nehmen Sie die Armenpflege, die Schuttschuld. Es ist meines Erachtens ein Fehler in der Gesetzgebung; der Staat müßte einen größeren Antheil daran tragen und die Gemeinden entlastet werden, und darin liegt der Kern des Steuerdrucks im Bauern- und im Arbeiterhaushalt, der unter Umständen die Leute zur Auswanderung bringt und den sie glauben in Amerika nicht wiederzufinden. Das wird zum Theil Irrthum sein, sie wissen es aber nicht vorher. Ist nun aber die Folgeerhebung von 1879 ein Grund, daß die Auswanderung sich gesteigert hat oder nicht? Und ich sage: sie ist unter Umständen Grund, aber dadurch, daß sie die Wohlhabenheit vermehrt und mehr Leute in den Stand gesetzt hat, auszuwandern zu können. Wenn Sie das behaupten, haben Sie ganz Recht; wenn Sie aber sagen: deshalb, weil die Leute durch den Schutzoll bedrückt zur Verweisung in den heimlichen Zuständen getrieben werden, greifen sie zum Wanderskabe, — dann bezeuge ich, und die Weichen im Lande werden es mittheilen: daß es durch und durch objectiv Unwahrscheinlichkeit ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Dirichlet: Die gesteigerte Auswanderung ist nach dem Reichstanzler ein Beweis für die gesteigerte Wohlhabenheit unserer Bevölkerung. Da in dem letzten

Jahre die Auswanderung hinter der der früheren Jahre zurückgeblieben ist, so würde das auf einen Rückgang in unserer Wohlhabenheit schließen lassen. Ich weiß aber nicht, was für Veränderungen in unserm Tarif vor sich gegangen sind, die einen solchen Rückgang rechtfertigen könnten. Der Reichstanzler steht übrigens mit seiner Auffassung der Auswanderung allein da. Selbst ein Organ, wie die „N. A. Z.“, die er nach seinem eigenen Geständnis oft und mit Nutzen zu lesen pflegt, hatte vor Kurzem in einem längeren Artikel den Rückgang der Auswanderung als Zeichen unseres machenden Wohlstands angeführt, und gegen diese Argumentation hatte ich mich gewendet. Wenn dann behauptet ist, daß die Uebernahme der Schuttschulden und der Armenpflege auf die Gemeinden zur Auswanderung Veranlassung gegeben hat, so muß ich constatiren, daß diese Behauptung für Preußen nicht zutreffend ist, weil die Uebertragung jener Lasten auf die Gemeinden viel älteren Datums ist. Die Uebertragung der Schuttschulden erfolgte bereits unter Friedrich Wilhelm I., wo von einer Auswanderung nicht die Rede, die Uebertragung der Armenpflege durch ein Gesetz des Jahres 1842. Dem Reichstanzler muß ich noch eine Bemerkung machen in Bezug auf die Lage der Landwirtschaft. Alles was Sie (rechts) zum Nutzen derselben durch Erleichterung der Grundsteuer und dergleichen schaffen könnten, ist verschwindend gegen die Erleichterung der Zinslast, welche die liberale Wirtschaftspolitik, die Politik der sogenannten Auspoemung der Landwirtschaft gebracht hat. Während der Landwirth früher 6 Procent zu zahlen hatte, kann er jetzt Geld zu 4 1/2 erhalten, und das alles in Folge einer auspoemenden Wirtschaftspolitik. (Who! rechts.) Sie, m. H. (rechts), sind vielleicht in der glücklichen Lage, überhaupt keine Zinsen zu zahlen (Heiterkeit, Widerspruch rechts), oder Sie verstehen das nicht. (Unruhe rechts, Beifall links.)

Fürst Bismarck: Ich treibe Landwirtschaft seit bald fünfzig Jahren, habe aber noch nie in meinem Leben 6 1/2 Zinsen bezahlt, sondern früher 4 1/2 und jetzt 4 1/2; also der Unterschied ist so sehr groß nicht, und die Erleichterungen, die er uns dabei ins Buch schreibt, fallen in keiner Weise ins Gewicht gegen die Zunahme der Lasten. Von der Zeit Friedrich Wilhelm I. weiß er, was man an Communalsteuern bezahlt hat. Wenn er jetzt die Ausschreibungen unter dem Minister v. Gossler vergleichen wollte, so glaube ich, daß er auf etwas wie 1000 1/2 und darüber hinaus kommen würde, namentlich in den letzten Jahren. Ich verweise Sie auf die erhöhten Anforderungen an Verheiratheten, ich finde dieselben ganz berechtigt, aber der einzelnen Gemeinde sie aufzuerlegen, das finde ich unbillig, der Staat sollte sie bezahlen; dazu müßte der Staat aber Geld haben und das verweigern Sie ihm. Ebenso ist es mit den Armenlasten; wie hoch belaufen sie sich. Wir haben den Fall gehabt, daß ganze Gemeinden ohne Ausnahme — ich glaube, es war im deutschen Theil von Posen, sich zur Auswanderung entschlossen haben, weil sie allein durch die Schuttschulden zum Concurrenz gebracht waren. Also so ganz unbedeutend war diese Auswanderung doch nicht. Ich möchte doch den Vorredner bitten, wo wir von der Gegenwart sprechen, doch nicht mit so reactionären Reminiscenzen (Heiterkeit) von Friedrich Wilhelm I. zu kommen. Es könnte ihm bei seinen Wählern Schaden, wenn er vorzugsweise in die Zeit sich einleben will. Der Vorredner hat ferner gemeint, ich müßte in der Consequenz meiner Ansicht aus der Thatsache, daß in den allerletzten Jahren die Auswanderung zurückgegangen, nun wieder den Schluß ziehen, daß unsere Wohlhabenheit wieder gesunken. Es ist ja möglich, daß sie einen kleinen Rückschritt gemacht hat in den letzten Jahren. Aber das würde den Vorredner doch noch nicht berechtigen, mir eine solche Consequenz meiner Aeußerung unterzuschreiben, daß nun in jedem Jahre, vielleicht in jeder Woche mit der steigenden Wohlhabenheit die Auswanderung sofort gleichen Schritt halten soll. Außerdem ist die Wohlhabenheit auch nicht das einzige Moment, was zur Auswanderung treibt. Ich kenne eine Menge reicher Leute bei uns, die garricht an Auswanderung denken (Heiterkeit), und auf diese Weise meinen Worten eine Deutung unterzulegen, die sie gar nicht gehabt haben können, ist doch nicht ganz gerathen. Ich verneine von Seiten des Vorredners. Außerdem können auf die Vermehrung oder Verminderung der Lust zur Auswanderung doch die Zustände in Amerika auch erheblich zurückwirken. Also es ist doch nicht ganz fair von dem Vorredner mir gegenüber gehandelt, wenn er gar keine anderen Auswanderungsmotive außer dem einen, das ich hier in der Geschwindigkeit gerade ausgeführt habe, gelten lassen will. Das ist doch eine Ueberhebung, gegen die ich mich verwahren muß vor dem Publikum; hier in diesem Saale wird sie keinen Anhang finden.

Abg. Pingens wendet sich gegen die Bemerkung des Fürsten Bismarck, daß die Auswanderung mit der gesteigerten Wohlhabenheit der Bevölkerung im Zusammenhang stehe. Der Grund für dieselbe sei vor allem aber in dem ungelungen Culturkampf zu suchen.

Abg. v. Kardorff: Hr. Richter hat die Zuckerkrisis mit dem Zolltarif des Jahres 1879 in Verbindung gebracht, der mit dieser Erscheinung gar nichts zu thun hat. Im Uebrigen, wenn jetzt so viel gegen die Zuckerindustrie gesprochen wird, so sollten Sie doch nicht vergessen, daß jede Veränderung an der bestehenden Zuckersteuer auch den Consumanten betreffen würde, der jetzt den Zucker um einen um das Vierfache geringeren Preis bezieht, als in früheren Jahren. Haben Sie denn gar kein Herz für den armen Consumanten? (Zuruf: englischen Consumanten!)

Abg. Richter: In Folge des verbesserten Verfahrens in der Zuckerindustrie würde der deutsche Consumant einen wohlfeileren Zucker auch bei einer anderen Zuckerpolitik jetzt ebenso genießen. Wir verwahren uns nur dagegen, daß wir dem englischen Consumanten aus unseren Steuern jetzt etwas abzuhaken, damit er unseren Zucker billiger verzehren kann als wir selbst. Das nennen wir nationale Politik! Ich habe nicht gesagt, die Zuckerpolitik datirt von 1879, sondern: Sie sollen sich Ihrer Wirtschaftspolitik nicht rühmen angeheißt der Lage der Zuckerindustrie, die auf denselben falschen Grundannahmen beruht wie Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik überhaupt. Auf die persönlichen Spitzen, die der Reichstanzler gegen mich gebraucht, will ich nicht antworten; ich constatire nur, wie schwer es ist, mit ihm ohne alle persönlichen Vermerken zu discutiren. Ich habe keine Veranlassung dazu gegeben. Wir haben überhaupt bei diesem Titel gar keine Debatte begonnen, weil solche allgemeinen akademischen Betrachtungen zu nichts führen. Nachdem der Reichstanzler aber behauptet hat, daß die steigende Auswanderung ein Zeichen steigender Wohlhabenheit sei, würde es doch dem Lande gegenüber unverständlich sein, wenn darauf nicht eine Antwort erfolgte. So sehr auch sonst jedes Wort des Reichstanzlers im Lande Beachtung findet, so glaube ich doch, daß diese Behauptung auch unter seinen sonstigen Freunden vielfach Kopfstöße erregen wird. Denn wäre sie richtig, dann würde zuletzt, wenn die Wohlhabenheit auf dem Gipfel anlangt, eigentlich Niemand mehr recht vorhanden sein, um auszuwandern. (Große Heiterkeit. Unruhe.) Die starke Auswanderung aus Irland ist wahrlich kein Zeichen von Wohlhabenheit, sondern beruht auf der Schwerkrieg, Besitz zu erwerben, in der Nothlage der Rächer gegenüber den Besitzern. Der Reichstanzler bestreitet die Thatsache, daß die Auswanderung in den letzten Jahren wesentlich unter den Tabaksbauern stattgefunden hat. (Fürst v. Bismarck: Nein!) Jeder Bericht wird dies aber bestätigen. Er wundert sich, daß die Auswanderer nach Amerika gegangen sind, wo der höchste Tabakzoll ist. Ja, bei einer gewissen Wohlhabenheit kann man auch den Tabak theurer bezahlen, die ist aber in anderen Ländern mehr vorhanden, als bei uns. Sie tritt auch nicht plötzlich ein. Je höher der Tabakzoll, um so geringer der Consum. In Frankreich und Amerika ist der Tabakconsum viel geringer als bei uns. Daher hat dort die Tabakindustrie sehr viel weniger Arbeitskräfte. Wenn aber unsere Tabakindustrie auf einen starken Consum eingerichtet ist, so muß jede Erhöhung der Steuer, die sich Entzerrung der Grundlage 3. B. durch das Monopolprojekt in die Tabakindustrie Unruhe hineinbringen. Dann sinken auch die Löhne, und der geringe Lohn in der Tabakindustrie treibt dann die Leute aus Deutschland fort, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Wenn der Reichstanzler gewissermaßen die Einwanderung in Amerika mit der Schutzoll-Industrie in Verbindung stellt, wie darf er dann im Congreßgebiet das Freihandelsystem proclamiren? dann

wäre es doch sehr wenig verlockend, um dorthin die Einwanderung zu ziehen. Wir achten das als das Verdienst des Reichstanzlers in Bezug auf diese Fragen, die am Congo verhandelt werden. Bekanntlich war die Auswanderung auch vor der Schutzollpolitik eben so stark als jetzt. Der Reichstanzler hat Amerika für den Getreidezoll angeheißt. Aber Niemand wird leugnen, daß für Nordamerika als Getreide exportirendes Land der allgemeine Weltmarkt, die Exportpreise maßgebend sind und nicht der inländische Schutzoll für das, was die Landwirtschaft in Amerika mit ihren Artikeln verdient. Der Reichstanzler glaubt wirklich, daß die Besitztümer auswandern. Nein, vorzüglich wandern die aus, welche nicht Besitzer sind, aber es gern werden möchten. Früher hatte der Reichstanzler selbst anerkannt, wie in Pommern und Lauenburg Bestimmungen bestehen, welche den Erwerb von Grundeigenthum erschweren. Diese Hemmnisse sollten vor allem beseitigt werden. Der Reichstanzler hat die Lasten geschildert, die auf dem ländlichen Besitz ruhen. Ich will diese Verhältnisse nicht richtig darstellen, aber ich frage ihn, was hat er für Mittel, diese Verhältnisse abzustellen. Er wird uns mehr indirecte Steuern und Zölle vorschlagen, mehr Steuern auf den Verbrauch nothwendiger Lebensmittel. Denn der Kern seiner ganzen Politik ist die Belastung der Besitzlosen zu Gunsten der Besitzenden. (Sehr wahr! links. Große Unruhe rechts.) Das wollen wir nicht und deshalb der scharfe Gegenstoß, der namentlich seit 1879 vorhanden ist. Zuletzt haben übrigens auch die Besitzer keinen Vortheil aus dieser Politik. Denn was folgt daraus? Sie können wohl verhindern, daß billiger Weizen aus Amerika kommt, aber sie können nicht verhindern, daß schließlich die Leute dahin gehen, wo der billige Weizen wächst, und das führt auch zum Nachtheil des Grundeigentümers, der in Bezug auf die Rentabilität seiner Wirtschaft doch in erster Reihe auf den inländischen Consum angewiesen ist.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Regierung beschuldigt, bei ihren Steuervorlagen die Absicht zu haben, den Besitzlosen zu belasten zum Vortheil des Besitzenden. Es ist dies eine der großen Unwahrheiten, die im Interesse der Fraktionspolitik (Unruhe links) und der Bekämpfung der Regierung (Bravo! rechts) durch das Land gehen. Es ist aber gerade das Gegentheil wahr; die Vermehrungen der Regierung sind nicht darauf gerichtet, den Besitzlosen zu belasten, sondern darauf, den Besitzlosen mit dem Besitzenden vor dem Ruin zu schützen. (Sehr richtig! rechts.) Der Ruin zu Gunsten des Auswärtigen tritt bei uns dann ein, wenn wir die Majorität der Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebt, in die Lage setzen, die Landwirtschaft nicht mehr betreiben zu können, dann verliert diese Majorität die Kaufkraft gegenüber der städtischen Minorität, und die städtische Minorität geht auch zu Grunde. Wir wollen dem Landwirth, der wegen Ueberlastung durch Abgaben auswandern, helfen durch Verminderung dieser Lasten und durch Erleichterung des Absatzes seiner Producte, also mit einem Wort: durch Getreidezölle. Wir werden Ihnen weitere Vorlagen in Bezug auf die Erhöhung der Getreidezölle bringen (Hört, hört! links. Bravo! rechts), und sind uns vollständig bewußt, daß wir damit uns um das deutsche Land und um seine Majorität, die aus Landwirthen und bei der Landwirtschaft Interessenten besteht, wohl verdient machen. (Bravo! rechts.) Die Mehrzahl der Auswanderer sind Arbeiter, die etwas verdient haben, die Ueberfahrt bezahlen können und den Kaufschilling für drüben übrig behalten. Wenn Richter sagt, die Besitzenden wandern nicht aus, so zeigt er eben, daß er im Lande nicht um sich weiß, er kennt eben nur die großen Städte. Im Kreise Varzin ist z. B. die Hälfte der Bauernhofbesitzer in 18 Jahren ausgewandert. Der Vorredner hat sich wiederum darüber beschwert, daß ich Persönlichkeiten in die Discussion mische. Ja, er versteht unter Persönlichkeiten immer, wenn man ihm widerspricht. Wenn der Vorredner mir Aeußerungen unterschreibt, die ich gar nicht gesagt habe, wie soll ich das anders widerlegen als damit, daß ich dem Herrn Vorredner sage: er hat meine Aeußerungen entweder nicht verstanden oder nicht verstehen wollen, oder sie so zurechtgelegt, wie er sie für sein Auditorium brauchen kann; für das hiesige Auditorium nicht, aber für die Presse. Der Vorredner hat z. B. mir in den Mund gelegt, ich hätte von Getreidezöllen in Amerika gesprochen. Die habe ich mit imbegegrißen; aber ich habe von Schutzöllen im Allgemeinen gesprochen. Ich habe gesagt: die Auswanderer flüchten sich unter das Dach der Zölle, die die inländische Arbeit schützen in Amerika. Der Vorredner hat mir ferner die Insinuation des Abgeordneten Driehs wiederholt, als hätte ich behauptet, daß alle Wohlhabenden auswandern müßten. Ich habe nicht behauptet, daß Größen wie Hansemann und Bleichröder durch Wohlhabenheit zur Auswanderung gezwungen werden würden; ich habe nur gesagt: der Arbeiter wandert nicht aus, wenn er nicht zu den Wohlhabenden gehört; er wandert nur aus, wenn er so viel erworben hat, und die Zeiten, wo es in Deutschland gut geht, sind solche, wo die Arbeiter so viel erwerben, daß sie auswandern können. Wenn der Vorredner sagt, meine Meinung, daß die Auswanderung ein Wohlhabendheitsmesser für Deutschland sei, würde im Lande überall Kopfstöße erregen, so sage ich ihm, seine gegenwärtige Behauptung wird einfach die Ueberzeugung erregen, daß er sein Land und seine Zeit nicht versteht. (Lebhaftes Bravo rechts.)

(Schluß in der Beilage.)

## Deutschland.

△ Berlin, 8. Jan. Der Kaiser leidet in Folge einer Erkältung an leichten Verdauungsbeschwerden und verließ deshalb erst Vormittags das Bett. Die Indisposition ist indessen durchaus unerheblich und der Kaiser hat in keiner Weise seine täglichen Arbeiten irgend wie zu unterbrechen nöthig gehabt.

△ Berlin, 8. Januar. Die Commission für die Postampfervorlage hält ihre nächste Sitzung morgen Abend, die Budget-Commission morgen früh. Auch die freie volkswirtschaftliche Vereinigung hält morgen eine Sitzung, aber nur zur Berathung der Währungsfrage.

Daß die Canalfrage nicht an den Landtag kommen wird, ist schon vor einigen Tagen gemeldet. Die weitere Nachricht, deren Verbreitung sich der officiële Telegraph angelegen sein läßt, daß auch die Steuervorlage bei Seite gelegt sei, rührt um so mehr auf Zweifel, als der Finanzminister selbst im Reichstage die Wiederholung der Vorlage wegen Aufhebung der 3. und 4. Klassensteuereinführung angekündigt hat.

L. Berlin, 8. Jan. Der „Hannov. Courier“ macht einen Versuch, die Ritzler Nationalliberalen, die die Ablehnung der 20 000 Mk. als eine Schädigung der Colonialpolitik des Reichs dargestellt haben, zu vertheidigen. Er könnte eben so gut behaupten, Mangels eines etatsmäßig angestellten zweiten Directors würde das deutsche Reich künftig behindert sein, Auslieferungsverträge abzuschließen. Wenn die Colonialsachen, wie Unterstaatssecretär Dr. Büsch erklärte, von den commercialen und wirthschaftlichen, deren Bearbeitung der zweiten Abtheilung obliegt, nur einen „verschwindend kleinen Theil“ bilden, so ist es lächerlich, zu behaupten, daß dieser „verschwindend kleine Theil“ nach Ablehnung der Etatsposition vernachlässigt werden müsse. Obendrein entfiel der „Hannov. Courier“ das Citat aus der Rede des Herrn Büsch, der (wörtlich) hinzufügte: „Sie (die Colonialsachen) haben sich übrigens für unsere Geschäftszunahme erst in den letzten Monaten bemerkbar gemacht und auch da nicht in besonderem Maße; die Erfahrungen, auf welche sich unser heutiger Antrag gründet, datiren vielmehr seit Jahren.“ Trotzdem sagt der „Hannov. Cour.“: „Der Zusammenhang der Forderung mit den colonialpolitischen Geschäften wurde von keinem Vertreter der Regierung in Abrede gestellt.“ Der „Hannov. Cour.“ sollte sich doch von seinem Berliner Correspondenten nicht so lächerlich machen lassen.

\* Auf die von dem Magistrat anläßlich des Jahreswechsels an den Kronprinzen und die Frau Kronprinzessin gerichteten Glückwünsche-Abschreiben sind folgende Antworten eingegangen:

„Mit aufrichtigem Danke habe ich das freundliche Schreiben erhalten, in welchem mir der Magistrat nach altem Brauche seine Glückwünsche zum 1. Januar bringt und zugleich der Theilnahme theilnehmend gedenkt, welche das abgelaufene Jahr für mich einschloß. Der Rückblick auf dasselbe giebt mir begründeten Anlaß, meiner Genugthuung über den glücklichen Aufschwung Ausdruck zu geben, welchen die Entwicklung Berlins mit der Debung des Wohlstandes wie der Ausbreitung von Bildung und Gerechtigkeit unter der Einwohnerschaft fortgesetzt nimmt. Möge das neu beginnende Jahr die Hoffnungen erfüllen, welche ich für das Wohl der Hauptstadt und ihrer Bürger in unveränderter Theilnahme hege. Berlin, 3. Januar 1885. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.“

„Ich danke dem Magistrat von Berlin für die guten Wünsche, welche mir derselbe beim Eintritt in das neue Jahr in alter, meinem Herzen liebgewordener Weise gebracht hat. Gern erwiedere ich dieselben mit meinen besten Wünschen für das fernere Wohl Berlins und seiner Bewohner. Möge das neu beginnende Jahr der immer mächtiger sich entwickelnden Hauptstadt ein Jahr des Glücks und des Segens werden. Berlin, 4. Jan. 1885. Victoria, Kronprinzessin.“

\* In der Sitzung des Bundesraths vom 7. Januar, in welcher, wie schon gemeldet, der vom Reichstage angenommene Diätenantrag wiederum abgelehnt worden ist, wurden auch die Vorlagen betreffend den Antrag Preußens wegen eines Zujuges zum § 12 des Gesetzes über die Erhebung der Tabaksteuer, den Beginn und das Ende des Rechnungsjahres bei der Unfallversicherung, die Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht der Bauarbeiter auf Färber, Verputzer, Gypser und Gewerbetreibende ähnlicher Art den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Versammlung genehmigte die Entwürfe zu Gesetzen für Elsaß-Lothringen, welche sich auf die Einrichtung des Grundbuchwesens und die Ausstellung gerichtlicher Erbscheinigungen beziehen.

\* Der erste Schwerinstag im neuen Jahre, also der künftige Mittwoch, wird zur Debatte über den Bedell-Malchow'schen Antrag betr. die Börsensteuer führen. Das einzige Interesse dabei richtet sich auf die erwarteten Erklärungen der Regierung über ihre Stellung zu der Frage, wodurch endlich die widersprechenden Nachrichten geklärt werden sollen, wie weit die Regierung selbst Vorbereitungen für ein derartiges Gesetz trifft.

\* Die Kreuzer-Corvette „Nymph“ (9 Geschütze, Commandant Corvetten-Capitän v. Reiche) ist am 5. November 1884 von Bahia abgegangen und am 10. Dezember v. J. in Demerara eingetroffen.

## Schweden und Norwegen.

\* In Christiania fanden am 4. Januar Repräsentantenwahlen statt. Beide Parteien haben behauptet um den Sieg gestritten, der schließlich, wie in früheren Jahren, den Conservativen zufiel. Es wurden im Ganzen 3927 Stimmen abgegeben. Die auf beiden Listen aufgestellten Candidaten, Director Sunding und Professor Borch, wurden mit bezw. 3907 und 3906 Stimmen gewählt. Im Uebrigen wurden die vom conservativen Verein vorgeschlagenen Candidaten mit von 2822 Stimmen (Advocat Stang) bis 2796 (Arbeitsaufseher Dahl) gewählt. Die von den Liberalen aufgestellten Candidaten erhielten von 1122 bis 1081 Stimmen.

## Amerika.

Newyork, 6. Januar. Mr. Cleveland hat sein Amt als Gouverneur von Newyork niedergelegt.

## Danzig, 9. Januar.

Wetter-Aussichten für Sonnabend, 10. Januar. Privat-Prognose d. „Danziger Zeitung“.

Bei etwas kälterem Temperatur und mäßigen Winden ziemlich heiteres Wetter mit feinen oder geringen Niederschlägen.

\* [Von der Weichsel.] Nach den heute eingegangenen telegraphischen Nachrichten dauert der Eisgang noch auf der ganzen Strecke fort, ist jedoch infolge der eingetretenen gelinden Witterung überall etwas schwächer als in den vorangegangenen Tagen. Ein Telegramm aus Biedel meldet, daß wie auf der Nogat so auch im Bieleker Canal Eisstand seit heute Vormittag eingetreten ist. Die gestern gemeldete Eisstopfung oberhalb der Bohnjader Fährte hat sich gestern gegen Abend gelöst. Wasserstand bei Biedel 2,08, Dirschau 2,50, Rothebude 1,76, Plehendorf 3,74 Meter.

\* [Zucker-Export.] In dem abgelaufenen Kalenderjahre 1884 sind in Westpreußen mit dem Anspruch auf Zoll- und Steuervergütung abgefertigt worden: 388 989 Kilogr. Candiszucker und Zucker in vollen harten Broden, 12 500 Kilogr. anderer harter Zucker und 82 529 061 Kilogr. Rohzucker. Ostpreußen exportirte nur etwas über 3 Mill., Pommern 29 Mill., Sachsen 51 Mill., Schleswig-Holstein 218 Mill. und Hannover 123 Mill. Kilogr. Rohzucker, Pommern jedoch 10 Mill., Sachsen 34 Mill., Schleswig-Holstein 16 Mill. und Hannover 10 1/2 Mill. Kilogr. raffinierten Zucker.

\* [Saatenstand.] Der „Staatsanz.“ veröffentlicht heute eine Reihe von Berichten über den gegenwärtigen Stand der Saaten etc. in den einzelnen Regierungsbereichen. Aus Westpreußen befindet sich darunter nur der Regierungsbezirk Marien werder, aus welchem Folgendes mitgetheilt wird:

„In Folge der verspäteten und unvollkommenen Bearbeitung des Bodens sind die Saaten im Ganzen ziemlich spärlich aufgegangen und nur mittelmäßig in den Winter gekommen; nach dem Verschwinden der starken Schneedecke zeigen dieselben ein kräftigeres Aussehen.“

In dem Königsberger Bericht heißt es:

Nur bei sehr günstigem Winter- und Frühjahrs-wetter wird eine leidliche Ernte zu erwarten sein. Im Allgemeinen hat der Weizen günstigere Aussichten als der Roggen.

Der Bericht aus dem Gumbinner Bezirk bezeichnet den Stand der Saaten als einen im Allgemeinen normalen, die Lage der landwirthschaftlichen Bevölkerung als eine zufriedensstellende, abgesehen von den Getreide- und Viehpreisen.

\* [Stadttheater.] Das Gastspiel der Liliputaner beginnt am nächsten Freitag mit der Posse „Robert und Bertram“.

g— [Gewerbeverein.] Herr Stadtrath Helm schilderte gestern in der Sitzung des Gewerbevereins einen Tag, den 13. April 1881, welchen er mit Dr. Schlie-mann, dem berühmten Auffinder des alten Troja, in Athen verlebte. Vorher gab er ein interessantes Lebens-bild des berühmten Mannes, welcher nicht Berufs-gelehrter ist, sondern nur durch seinen Wissensdrang, sowie durch günstige äußere Umstände so Bedeutendes erzielt hat. Ursprünglich Krämerlehrling, ging er später als Schiffsjunge auf Reisen, durchstreifte einen großen Theil des Erdballs und wurde dann Kaufmann, in welchem Stande er vom Glücke außerordentlich begünstigt wurde. Als Großhändler, hauptsächlich mit Indigo, erwarb er sich in Petersburg ein sehr bedeutendes Vermögen, dessen Höhe er jetzt selbst auf 5 Millionen angiebt. Er gab dann seinen bisherigen Beruf auf, widmete sich gänzlich klassischen Studien und ging nach dem Ziel seiner heißesten Wünsche, nach Griechenland und Kleinasien. Im Jahre 1869 schon stellte er die Lage Trojas fest und wurde dafür von



Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: H. Röbner — für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schiffsfahrtsnachrichten: A. Klein — für den Inseratenthell: A. B. Rahemann; sammtlich in Danig.







# Beilage zu Nr. 15024 der Danziger Zeitung.

Freitag, 9. Januar 1885.

## Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Heine (Soc.): Es ist richtig, was der Reichskanzler sagte, daß gerade die intelligenten und sparsamen Arbeiter am meisten auswandern. Das kommt daher, weil sie am meisten den politischen Druck fühlen, der auf ihnen lastet. Wenn dann aber der Reichskanzler gesagt hat, daß durch die landwirtschaftlichen Schutzzölle die wirtschaftliche Kraft des Landes gehoben sei, so sind zwar infolge der Werthsteigerung der ländlichen Producte die Preise der Acker vielfach um das Vierfache gestiegen, aber die Lage der ländlichen Arbeiter ist darum doch dieselbe geblieben, wie vor langen, langen Jahrzehnten. (Widerspruch rechts.) Wenn Sie die Auswanderung hindern wollen, dann sorgen Sie endlich dafür, daß wir in Deutschland wieder Freiheit haben, daß die Ausnahmegeleise abgeschafft werden.

Abg. Junggreen (Däne) constatirt, daß auch aus Nordschleswig eine starke Auswanderung stattfindet, und daß dies hauptsächlich an den dortigen politischen Verhältnissen liege.

Abg. Richter: Die Behauptungen des Reichskanzlers über meine Verbindungen mit der Presse zeigen, daß er falsch unterrichtet war. Ich möchte ihn doch übrigens lieber an den Balken im eigenen Auge erinnern; an die „Nordd. Allg. Ztg.“, welche die großen Reden von ihm vollständig wiedergibt, daneben aber die oppositionellen Reden auf ebenso viel Zeilen zusammenbrängt, wie die Reden des Reichskanzlers Seiten einnehmen. (Sehr gut! rechts.) Sie finden das natürlich; ein dem Reichskanzler sehr ergebenes Blatt, welches jeden Morgen auf Ihren Plätzen hier im Hause ausgelegt wird, ist ja sogar so weit gegangen, daß es bei einer großen Debatte die Rede des Reichskanzlers wörtlich wiedergab, darauf aber, anstatt auch meine Erwiderung abzudrucken, einfach bemerkte: was ich gesagt hätte, könne man aus der nachfolgenden Rede des Reichskanzlers entnehmen.

Der Präsident erinnert den Redner an den sehr losen Zusammenhang, in welchem diese seine Ausführungen mit dem eigentlichen Gegenstand der Debatte stehen.

Abg. Richter: Genau in demselben losen Zusammenhang, wie die Ausführungen des Reichskanzlers. Was dann das Verhältnis von mir zu meinen Fraktionsgenossen betrifft, so möge doch der Reichskanzler uns das wenigstens gütigst selbst überlassen. Ein solches Verhältnis der Unterordnung, wie zwischen ihm und seinen Ministern, besteht jedenfalls in meiner Fraktion nicht. (Ho! rechts.) Er hat dann wieder von angeblicher „Fraktionspolitik“ gesprochen, die wir treiben. Diese Politik, die wir vertreten, ist lediglich dieselbe, die der Reichskanzler bis 1876 vertreten hat. Wir setzen nur diese Politik fort, eine Politik, die damals auch vorzugsweise von der rechten Seite gestützt wurde; jene Politik, auf Grund deren einst der Minister Friedenthal sagte: „Die Landwirtschaft hat kein anderes Interesse, als das der vollkommen guten Ernährung des Volkes“; dieselbe Politik, in deren Vertretung der Abg. Flügge sagte, daß die Landwirtschaft selbst am meisten durch die höheren Kornzölle Schaden litte. Wir machen einfach nicht die Schwenkung mit, die der Reichskanzler gemacht hat, und stehen auf dem alten Standpunkt des Reichskanzlers fest; einem Standpunkt, den man ihm einstens mehr zum Verdienst anrechnen wird, als die

neueste Phase seiner Wirtschaftspolitik. Dann sagte der Reichskanzler, die Kornzölle gereichten den Besitzern allerdings zuerst zum Vortheil; dadurch aber dem ganzen Lande. Das ist die Nationalökonomie der französischen Könige aus früheren Jahrhunderten. Da trieb der Hof in Paris großen Lurus, weil man meinte, dadurch dem ganzen Lande zu nützen. Es ist aber einfach darauf zu erwidern: wenn Sie das Geld, das Sie dem Volke zu viel abnehmen, ihm lieber lassen, so steigern Sie die Kaufkraft des Volkes dadurch mehr, als wenn Sie allein den Besitzenden directen Verdienst zuwenden. Die Kornzölle sind einfach ein Geschenk für die Großgrundbesitzer auf Kosten der Armen. (Widerspruch rechts.) Ich bedauerte vorhin die heutigen akademischen Erörterungen; ich bedaure sie jetzt nicht mehr. Nun ist's herausgekommen, und Sie auf der Rechten haben's mit Hurrah begrüßt, was eigentlich das Ziel der jetzigen Politik des Reichskanzlers ist; und das bei einer etwaigen Auflösung des Reichstages der Preis der Neuwahlen sein wird: Vertheuerung der nothwendigen Lebensbedürfnisse der Armen und Entlastung der Besitzenden! (Große Unruhe rechts.) Den Handschuh nehmen wir auf, Hr. Reichskanzler! (Beifall links.) Das ist die Frage, die uns immer geschieden hat; und wir danken es dieser Debatte, daß nun im Lande die allgemeine Aufmerksamkeit gerichtet werden wird auf das, was ernsthaft verdient der Hauptgegenstand unserer politischen Kämpfe zu sein. (Lebhafter Beifall links; Zischen rechts.)

Fürst Bismarck: Ich möchte den Herrn Abg. Richter bitten, mich nicht hier mit „Herr Reichskanzler“ anzureden. Ich werde nie sagen: „Herr Richter, Sie haben“, sondern „der Herr Abg. Richter hat“. Ich begreife es, daß der Präsident sich in meine Beziehungen zu dem Abg. Richter nicht einmischte, und es würde mir auch nicht lieb sein, wenn er es thun wollte. Ich bin nach den Privilegien, die mir die Verfassung giebt, in der Lage, meine Rechte dem Abg. Richter gegenüber selbst wahrzunehmen. Der Herr Abgeordnete sagte, er lasse auch nur seine Reden reproduciren, da gouvernementale Zeitungen dasselbe in Bezug auf mich thäten. Ich habe ihn deshalb nicht getadelt. Ich neide ihm ja seine Herrlichkeit gar nicht. Der Abgeordnete sagt, es handele sich bei den Kornzöllen nur um den Großgrundbesitzer. Wenn irgend etwas mir die schlagende Unwissenheit der Großstädter in Bezug auf landwirtschaftliche Dinge beweist (Sehr gut! rechts), so ist es der Gedanke, daß der Bauer sein Korn nicht verkauft, sondern alles selbst isst. Was müßte der Mann für einen Magen haben, wenn er die Erträge eines Bauernhofes von 100 Morg. persönlich verzehren wollte und nicht dabei interessiert wäre, ob er das Korn theuer oder wohlfeil verkaufen kann. Schon ein Besitzer von drei Morgen, wenn er einen Morgen mit Winterkorn baut und auf demselben auch nur fünf Centner Getreide producirt, müßte eine ziemlich zahlreiche fornesende Familie haben, — denn daneben werden noch Kartoffeln gebaut, — um diese fünf Centner selbst zu essen. Alle, die so viel bauen, sind also sicherlich bei den Kornpreisen interessiert. Ein vergeblicher Versuch, der wiederum zu den Vorurtheilen der Socialdemokratie, zum Heben des Armen gegen den Reichen gehört (Sehr richtig! rechts), ist es, zu behaupten, daß bei solchen Maßregeln die Regierung den Großgrundbesitz im Vergleich zu dem kleinen und armen Manne begünstige. Der Abgeordnete hat sich ferner darauf berufen, daß er ja nur den Stand-

punkt vertrete, den ich früher selbst vertreten hätte. Ich muß eingestehen, daß ich damals in diesen wirtschaftlichen Dingen vollständig unerfahren war und sie nach meinem jetzigen reiferen Urtheil für falsch halte, falsch aus Mangel an Erfahrung. Ich habe in diesen 10 bis 15 Jahren erheblich gelernt; dasselbe wünsche ich auch von dem Abg. Richter. Ich hoffe, daß der Abg. Richter denselben Bildungsgang, den ich seit meiner wirtschaftlichen Kindheit zurückgelegt habe, seinerseits noch durchmachen wird, und ich glaube vorherzusehen zu können, daß er, wenn er vielleicht in späterer Zeit an dieser Stelle stehen wird (Weiterkeit rechts), sich als ein ganz resoluter Verfechter des Prinzips erweisen wird, daß vor allen Dingen die Getreidepreise bei uns auf der Höhe erhalten werden sollen, daß Getreide im Lande überhaupt noch gebaut werden kann (Sehr richtig! rechts), und daß wir nicht nothwendig und zwangsweise auf überseeische Verproviantirung angewiesen sind. Mag der Abg. Richter es auch dem Kopfschütteln des Landes empfehlen — ich wiederhole wiederum: er versteht seine Zeit und sein Land nicht, wenn er dem widerstrebt. (Lebhafter Bravo rechts. Weiterkeit links.)

Abg. v. Kardorff: Allerdings ist das Fehlen des kleinen Besitzes in Mecklenburg und Vorpommern ein Hauptgrund für die Auswanderung aus diesen Bezirken. Der Untergang dieses kleinen Besitzes ist aber gerade durch die englische Freihandelspolitik herbeigeführt worden. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Die heutige, durchaus sachlich begonnene Debatte hat wiederum den Beweis geliefert, wie schwer es ist, wenn man sich auch noch so große Mühe giebt, jedes persönliche Moment aus der Verhandlung zu entfernen. Der Herr Reichskanzler hat sofort diese Seite und einzelne Mitglieder persönlich angegriffen. Ich werde gleichwohl nur einige sachliche Bemerkungen machen. Bisher waren wohl alle Parteien übereinstimmend der Meinung, daß nicht steigende Prosperität, sondern das Gegenheil die Hauptursache der Auswanderung sei. Das hat früher der Minister Graf Eulenb., ja auch der Reichskanzler selber ausgemacht. Im Juli 1882 in der denkwürdigen Rede gegen die preussische Klassensteuer und den Grecurator, der namentlich den Armen bedränge, wenn er die wenigen Mark Klassensteuer nicht zahlen könne, schrieb der Reichskanzler „einen großen Theil unserer Auswanderungen der Thatfache zu, daß die Auswanderer das Bedürfnis haben, sich der directen Steuerherrschaft und Grecurator zu entziehen“. „Die amerikanischen Schutzzölle und die preussische Klassensteuer — sagte der Reichskanzler — halte ich für die Hauptmotive der Auswanderung“. Diese Auseinandersetzung steht doch in directem Gegensatz zu dem, was der Reichskanzler heute gesagt hat. (Widerspruch rechts.) Sie haben allerdings eine gewisse Elastizität in Ihren Schlußfolgerungen; das haben Sie schon 1879 bewiesen, wo Sie aus leichteste die Schwenkung der Regierung in der inneren Politik mitmachten. Bei uns ist das nicht möglich. Im Uebrigen ist es ein glücklicher Umstand, daß die wirklichen Gegensätze, welche zwischen der jetzigen Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers und uns bestehen, in ihrer ganzen Klarheit zu Tage treten. Diese Fragen — und wir wünschen, daß auf diesem Hauptgebiete, nicht auf Nebengebieten, der Kampf ausgesprochen wird — werden den Hauptinhalt unserer zukünftigen öffentlichen Verhandlungen ausmachen. Es ist gut, daß heute offiziell der Antrag auf

Erhöhung des Getreidezolls angekündigt ist. Der Kanzler hält es für eine Verdächtigung der Regierungspolitik, wenn wir sagen, dieselbe habe den Erfolg, die große Masse des Volkes ärmer, dagegen einzelne Reiche reicher zu machen. Das ist unsere feste Ueberzeugung; und stets werden wir gegen die jetzige Wirtschafts- und Zollpolitik protestiren. Es ist gänzlich falsch, daß nur die Städte gegen die Getreidezölle interessiert sind; es ist statistisch nachgewiesen, daß auch mindestens 75 % der ländlichen Grundbesitzer Schaden oder doch keinen Nutzen von den Getreidezöllen haben. Der Reichskanzler nennt unsere Bekämpfung seiner Politik Hezen der Armen gegen die Reichen. Es ist doch aber wohl kein Hezen, wenn wir lediglich eine Ueberzeugung aussprechen, die früher bis 1879 stets in den feierlichsten Regierungsakten proclamirt zu werden pflegte, erst in Preußen, dann in Deutschland. Die „Nordd. Allg.“ nennt den Kampf gegen die Getreidezölle Demagogie (Zustimmung rechts). Ich halte es für unerlaubt, wenn Sie sich hier auf den Standpunkt der „Norddeutschen“ stellen wollen; ich glaubte wirklich, hier im Hause wollten wir nicht dienen Ton unter uns einreisen lassen. (Beifall links.) Im Uebrigen berührt auch das nicht. Das ist das Traurige in der gegenwärtigen Lage, diese Verbitterung und Vergiftung des Parteikampfes, in welcher man einem Mann, der seiner Ueberzeugung nach zum Wohl des Vaterlandes wirkt, gleich mit derartigen Attributen kommt. Ich bitte den Kanzler, uns zuzutrauen, daß wir mit derselben Gewissenhaftigkeit, denselben Patriotismus die öffentlichen Dinge behandeln, wie irgend ein Mann in diesem Reich. Demagogie kann man es nicht nennen, wenn wir das vertreten, was früher die Regierung als einen unumstößlichen Grundsatz hingestellt hat; und diese Wahrheiten werden wir, trotzdem Sie, meine Herren von rechts, uns herabsitzen, weiter vertreten; wir werden mit immer steigender Kraft kämpfen gegen die Politik, die nach unserer Ueberzeugung die wenigen Reichen reicher macht, die große Masse des Volkes auf's schwerste schädigt. (Lebhafter Beifall links.)

Fürst Bismarck: Ich habe nicht gesagt, daß eine Familie von 5 Köpfen von 5 Centner Roggen allein satt werden soll. Sie bauen, wenn sie 5 Centner Roggen gewinnen, doch mit ziemlicher Sicherheit auch 4 bis 5 Centner Sommerkorn daneben und mit großer Wahrscheinlichkeit circa 60 Centner Kartoffeln. Darnach ist sogar wahrscheinlich, daß der Besitzer von 3 Morgen noch einen Theil seines Roggens verkauft. Der Vorredner hat dann gesagt, ich hätte im Namen der Bundesregierung hier Kornzölle angekündigt. Ich habe meine persönliche Ansicht und die der preussischen Regierung hier ausgesprochen; ich darf aber voraussagen, daß die Bundesregierung, wenigstens in ihrer Mehrheit, den Vorlagen beitreten werden. Der Vorredner hat eine alte Rede von mir vor einigen Jahren herangezogen. Wenn man dem Vorredner die ganze Bibliothek der Reden, die er in seinem Leben gehalten hat, vor Augen bringen könnte, glaubt er nicht, daß man darin Sätze finden würde, die man ohne große Gewaltthat als Widerlegung dessen, was er heute gesagt hat, benutzen könnte? Ich muß dem Vorredner wiederholen, was ich schon dem Abg. Drischlet und dem Abg. Richter gesagt habe: ich habe nicht ausschließlich die Wohlhabenheit als Ursache der Auswanderung über See angeführt. Es giebt in der Masse der Auswandernden zwei Sorten. Zunächst diejenigen, die auswandern, weil



sie das Geld dazu noch haben, und dazu würde ich die Unzufriedenen rechnen, von denen ich im Jahre 1882 bei Bekämpfung der Klassensteuer gesprochen habe. Weit größer ist aber die Kategorie derer, die in den letzten Jahren so viel erworben haben, daß sie auswandern können. Ich habe gefunden, daß das, was ich vor zwanzig Jahren gesprochen habe, mir hier wieder vorgelautet wird. Ich bin nicht in der Lage, meine Reden erst zu überlegen und auszustudieren in Gedanken, was ich sagen will. Indessen, Sie mögen immerhin Gelegenheit nehmen, alles, was ich heute unüberlegt gesagt habe, mir nach fünfzehn Jahren wieder vorzuhaken, wenn wir das noch erleben. Es ist mir das vollständig gleichgültig, denn ich sage nichts, als was ich denke, und was ich denke bin ich immer bereit zu vertreten. Also, es giebt noch andere Kategorien von Auswanderern; solche, die auswandern, weil eine Tochter Anderer auswandert, die sie heirathen wollen, solche, welche dort einen Bruder haben, welche ihre Verwandten wiedersehen wollen. Es giebt hundert andere Gründe dafür. Der Vorredner hat auf die Getreidezölle einen Rückblick geworfen, und da kann ich nur bedauern, daß es ungeachtet aller Bemühungen nicht gelungen ist, zu bewirken, daß der frühere Abg. Mommsen gewählt wurde. Ich bin überzeugt, ich würde keinen beredteren und keinen historisch durchgebildeteren Vertreter meiner Ueberzeugung haben, die ich vorher aussprach, daß es nämlich nothwendig ist, die Getreidepreise auf einer Höhe zu halten, daß der Landwirth bestehen kann, als den Hrn. Mommsen. Der Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, daß ich es immer wäre, der Persönlichkeiten in die Sache hineinbrächte. Ja, Sie greifen die Gesetzgebung, unsere Verhältnisse, die Politik der Regierung an. Wen greifen Sie denn dabei an als die Persönlichkeiten? Wen meinen Sie überhaupt, wenn Sie die Politik der Regierung in einer Weise schildern, daß kein gutes Haar an ihr bleibt, und daß sie im ganzen eigenen Lande und im Auslande in Mißcredit gerathen muß, — als wenn wir, die wir an der Spitze der Regierung stehen, eine Versammlung von Feinden wären, die nur ihre eigenen Interessen nach dem klassischen Wort „Schnapspolitik“ verfolgen, oder die unwissend sind und von dem, was im Lande vorgeht, keine Ahnung haben? Wen trifft denn das sonst, einen andern als mich? Meinen Sie etwa den Kaiser damit? Das haben Sie oft genug abgelehnt, Sie können also nur mich damit meinen; und ich kann nicht zugeben, daß Sie mir solche Injurien unter der Rubrik „Staat“ an den Hals werfen, ohne daß ich berechtigt sein sollte zu erwidern. Deshalb, bis Sie mir angegeben haben, wen Sie mit Ihrer Beschimpfung der bestehenden Gesetzgebung anders meinen als mich, werden Sie mir erlauben müssen, daß ich auf persönliche Injurien unter der Rubrik „Staat“ unter Umständen persönlich erwidere. (Lebhafter Bravo rechts.)

Abg. Richter: Der Reichskanzler hat sich gegen mich gewandt, weil ich einmal direct: „Herr Reichskanzler!“ gesagt habe. Ich gebe zu, daß es nicht üblich ist, aber der Reichskanzler beobachtet ein Gleiches noch weit öfter. Er spricht sehr oft zu den Parteien, er wendet sich sehr oft direct gegen eine Partei mit der ganz persönlichen Anrede: „Sie, meine Herren!“ In seiner zweiten Rede verbittet er sich die Anonymität der Angriffe, ja er ist sogar soweit gegangen, von Beschimpfungen und Injurien gegen die Staatsregierung, gegen den Staat zu sprechen, er fühle sich damit immer persönlich gemeint. Wenn nun diese Rede vorzugsweise in der Presse des Reichskanzlers abgedruckt wird, so muß der unbefangene Leser glauben, daß in der That Beschimpfungen und Injurien des Staats und der Staatsregierung stattgefunden. Nichts von dem allen ist in der Debatte der Fall gewesen. Der Reichskanzler hat dann zugegeben, daß wir, wenn wir unsere Politik vertheidigen, damit nur seine eigene, frühere Politik fortsetzen. Der Reichskanzler sprach davon, daß man mit dem Alter mehr lerne. Von dem Standpunkte aus debattiren wir mit dem Reichskanzler gern, dann soll aber der Reichskanzler es unter-

lassen, bei denselben Fragen von Fraktionspolitik zu sprechen. Statt von unserer mangelhaften Erkenntniß zu reden, sucht man die Dinge immer so darzustellen, als ob wir hier mehr oder weniger persönliche Interessen zum Nachtheil des Staates vertreten. (Auf rechts: Sehr richtig!) Sehen Sie, m. H. auf der Rechten, jetzt machen auch Sie sich dieser Uebertreibung schuldig, sobald nicht die mangelnde Erkenntniß, sondern der böse Wille, das eigene Interesse als Voraussetzung für die Beurtheilung der Gegenseite die ganze Debatte verbittert, und gerade weil der Reichskanzler früher dasselbe für richtig gehalten hat, was wir noch heute vertreten, so sollte er sich um so weniger veranlaßt sehen, von der Fraktionspolitik in der wenig ehrenvollen Auslegung zu sprechen, die er dem Worte giebt. Wenn jetzt den Reichskanzler auf seinen Spazierritten Leute fragen, wo denn die Communalsteuerentlastung bleibe, so kann ich diesen das nicht so übel nehmen. Der Reichskanzler hat ja 1879 so drastisch die weitgehendsten Entlastungen ausgemalt. Jetzt warten die Leute Jahr für Jahr auf die Erfüllung jener Aussichten und hören bloß von einem Deficit, und auch wenn die Getreidezölle und alles bewilligt sein wird, was der Reichskanzler an neuen Lasten noch in verschwiegener Brust verbirgt, auch dann wird noch keine Entlastung von Communalsteuern eintreten, sondern nur das Deficit beseitigt sein. Der Reichskanzler sprach vom guten Ton und gleich darauf von der schlagenden Unwissenheit der Großkädler. (Sehr richtig! rechts.) Die, welche eben: Sehr richtig! rufen, sind die Muster des guten Tons des Reichskanzlers (Heiterkeit links); in seiner nächsten Nähe scheinen seine Ermahnungen am wenigsten zu fruchten. Der Reichskanzler sprach ferner von der Nothwendigkeit, mehr Korn in Deutschland zu bauen. Nun zeigt uns doch die amtliche Statistik, daß heute weniger Fläche mit Brodkorn bestellt ist, trotz der Zollerhöhung, als vor 1879. Die vorausgesetzte Wirkung ist nicht erzielt, es wird etwas mehr Gerste und Hafer, aber weniger Roggen angebaut. Nun darf auch nicht vergessen werden, daß die Bevölkerung jährlich um  $\frac{1}{2}$  Million wächst, während die Ackerfläche dieselbe bleibt; die zunehmende Bevölkerung kann nicht ernährt werden im gleichen Verhältniß von der eigenen Production des Landes (Widerpruch rechts); sie bedarf einer zunehmenden Einfuhr von Lebensmitteln und bedarf ihrer um so mehr, je mehr sie Kartoffeln, Zucker, Spiritus von der nationalen Production in das Ausland verkauft. Dazu muß die billige Zufuhr aus dem Auslande gesichert werden; wenn Sie sie aber künstlich erschweren, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn der Ueberschuß der Bevölkerung hinausgeht, wenn die Auswanderung steigt, was man, wie Hr. v. Bötticher in entschiedenem Gegensatz zum Reichskanzler heute noch sagte, als ein Symptom der Krankheit anzusehen hat. Eine krankhafte Wirthschaftspolitik hat die wirthschaftliche Krankheit gesteigert und damit hat die Auswanderung zugenommen.

Fürst Bismarck: Ich muß widersprechen, wenn der Abgeordnete behauptet: wir bedürfen einer zunehmenden Einfuhr des Getreides. Was wir selbst essen, bauen wir drei- und viermal im Lande. Es ist mir ganz unzweifelhaft, daß Deutschland im Stande ist, nicht nur das Getreide, welches das deutsche Volk ist, sondern auch dasjenige, was das deutsche Volk zu andern Zwecken verbraucht, selbst zu bauen, wenn die Bedingungen des Getreidebaues einigermaßen günstiger gestaltet werden, als sie in diesem Augenblicke liegen.

Der Abgeordnete hat gesagt, der Kartoffelbau habe einen Rückgang des Getreidebaues veranlaßt. Das ist ein ebenso großer Irrthum, wie der in großen Städten gewöhnlich verbreitete, daß der Zuckerrübenbau einen Rückgang des Getreidebaues veranlasse. Beide Hackfrüchte haben eine sehr viel stärkere Production von Getreide in ihrem Gefolge, indem sie die Intensität der Landwirtschaft verbessern und erhöhen. Wenn der Abgeordnete gesagt hat, der Kornbau sei zurückgegangen, so ist das die ganz natürliche Folge davon, daß der bisherige Kornzoll zu niedrig

ist; es ist nicht möglich, den Scheffel Roggen und namentlich den Scheffel Weizen zu dem Preise, zu dem er heute verkauft wird, innerhalb des gesammten Deutschlands zu bauen. In Folge dessen geht der Anbau zurück und er wird noch viel weiter zurückgehen, wenn Sie die Kornzölle nicht erhöhen. Der Abgeordnete hat ferner wiederum darüber geklagt, daß ich Persönlichkeiten in die Debatte hineingebracht habe. Nun sage ich ihn: ist das nicht eine Persönlichkeit, wenn er früher seinerseits von Schnapspolitik, von Schweinepolitik mir gegenüber in öffentlichen Aeußerungen gesprochen hat? Weil ich vielleicht irgendwo Schweinezüchte? weil ich Branntweinbrennereien habe? — ist das nicht eine vollständig ehrenrührige Beschuldigung, die der Abgeordnete mit dem einen Wort „Schnapspolitik“, „Schweinepolitik“ gegen mich schleudert? (Sehr richtig! rechts.) Er reducirt dies nun auf das Wort „Zuckerpolitik“ und schiebt mir die Zuckerpolitik in die Schuhe. Nachgerade wird im Inlande und Auslande alles, was den Leuten unangenehm ist, schließlich auf die niedrigen Zuckerpreise und die schlechten Zuckererträge, mir aufs Conto gesetzt, weil ich an der Spitze der deutschen Reichsverwaltung stehe und von dort aus allerdings einen gewissen Einfluß übe, aber die Elemente und die Entwicklung der Welt beherrsche ich dabei nicht; denn ich kann für die „Zuckerpolitik“ nichts, und es ist ungerecht, daß der Herr Abgeordnete mir das Wort „Zuckerpolitik“ entgegenwirft, um jedem Zuckerinteressenten und jedem Rübeninteressenten, der in diesem Jahre Unglück gehabt hat, den Eindruck zu machen: daran war wieder der abhüchende Reichskanzler Schuld, der weder etwas versteht noch ehrlich wirthschaftet. Aber die persönlichen Angriffe gegen mich beschränken sich ja darauf nicht. Der Abgeordnete hat vorhin seine Betheiligung an der Presse in Abrede gestellt; aber ich erinnere mich sehr wohl, daß ich in meinem Privatleben von denjenigen Zeitungen, die aus der hier bekannten Berliner Fabrik ihre Leitartikel und ihre politischen Artikel beziehen, in einer Weise beobachtet und verleumdet worden bin, wie ich es ehrlöser niemals erlebt habe; ich wurde auf Schritt und Tritt beobachtet, es wurden mir Prozesse angedichtet, die ich verloren haben soll, und mir Rohheiten gegen Damen angelogen, die bei mir zur Miete gewohnt hätten, — das alles in Zeitungen, die Leitartikel Richter'scher Färbungen an der Spitze tragen, und die man die „Richter'sche Presse“ nennt. Wenn mich Unrecht, dann müßte der Abgeordnete doch energisch von diesem Verleumdungsschwindel sich lossagen! Die Herren beklagen sich über persönliche Angriffe von mir; aber dies alles hängt wie im Netz zusammen mit dem Richter'schen Worte „Schnaps- und Schweinepolitik!“ Der Abgeordnete hat gesagt, die Presse des Reichskanzlers thäte dasselbe. Es giebt keine „Presse des Reichskanzlers.“ Ich habe Zeitungen, die unter Umständen mir weißes Papier zur Verfügung stellen, und in denen ich mich ausdrücke, wenn ich keine andere Gelegenheit habe; aber mich deshalb für alle Artikel verantwortlich machen, die darin stehen, das ist doch eine sehr weit getriebene Sache. Im Grunde ist es eine Verschwendung meiner abnehmenden Kraft, daß ich mich überhaupt hier dagegen vertheidige, Ich rufe das Land und das deutsche Volk zum Richter auf zwischen mir und dem Hrn. Richter; ich bin überzeugt, in dem Streite nicht zu kurz zu kommen. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Frege (cons.) führt aus, daß von dem Getreidezoll nicht, wie in der freibühlerischen Presse behauptet wird, 70—80 Procent der Landwirthe Nachtheil, sondern Vortheil haben. Die Ausführungen des Redners bleiben bei der im Hause herrschenden Unruhe und den sehr lauten ironischen Beifallsrufen der linken Seite auf der Journalistentribüne völlig unverständlich.

Abg. Richter: Der Reichskanzler selbst verwahrt sich dagegen, alles das zu verantworten, was in seinen Zeitungen steht. Die Thätigkeit des Reichskanzlers in der Presse ist weit größer als die Preßthätigkeit von irgend Jemand von uns. Er giebt aus den Finzen des Vermögens Königs Georg Hunderttausende zur Beeinflussung der Presse aus. Ihm steht, wie er selbst zugiebt,

ein Quantum weißen Papiers zur Verfügung zur Aufnahme beliebiger Artikel. Er verfügt über ganze Preßbureaux. Bei mir trifft nichts von alledem zu. Nicht in einem einzigen Blatt verfüge ich über ein Quantum weißen Papiers. Die Officiellen nennen alles Richter'sche Presse, was sie glauben damit angreifen zu können. Von allen Angriffen persönlicher Art, von denen der Reichskanzler sprach, ist mir nichts bekannt; von Besuch von Damen, von verlorenen Prozessen, welche ihn angehen, habe ich nichts gelesen, und weiß überhaupt nicht, was der Reichskanzler meint. Vergleichen steht mir vollständig fern. In welcher willkürlichen Weise der Reichskanzler persönlich herausfindet, hat er heute bewiesen, indem er mir sogar den Ausdruck Zuckerpolitik als eine gegen ihn persönlich gerichtete Verletzung hinstellte. Von Zuckerpolitik habe ich gesprochen als einem Rubrum der steuerpolitischen Maßnahmen. Niemand wird herausgefunden haben, daß ich ein Privatinteresse des Reichskanzlers an der Zuckersteuerfrage auch nur andeutete. Ebenso verhält es sich mit dem Ausdruck Schweinepolitik. Den der Reichskanzler mir zum Vorwurf macht. Ich habe einmal in einer öffentlichen Versammlung von verschiedenen Steuer- und Zollfragen gesprochen, und zwar zuerst von der Holzpolitik, dann von der Zuckerpolitik und zuletzt von der Schweinepolitik, indem ich Maßnahmen gegen die Einfuhr amerikanischer Schweine besprach. Ich weiß ebenso wie jedermann, daß nach den Besitzverhältnissen des Reichskanzlers ein Interesse desselben an der Schweinezucht nicht besteht. Um so weniger kann der Ausdruck Schweinepolitik zur Kennzeichnung eines Privatinteresses des Reichskanzlers gebraucht werden. Von Schnapspolitik habe ich allerdings einmal, und zwar in diesem Hause am 1. September 1883, gesprochen. Ich hätte vielleicht richtiger Branntweinpolitik gesagt. Ausdrücklich führte ich damals aus, daß ich darunter verstanden habe die Schonung des Branntweins in der Besteuerung, die mit der Bedeutung des Brennereibetriebes nicht im Einklang stehende Verdrückung des Ausfuhrinteresses des Spiritus bei den Handelsverträgen und bei dem Eisenbahntarif. Alles das faßte ich zusammen unter der Bezeichnung einer erheblichen Rolle, welche die Branntweinpolitik in der Wirthschaft spielt. Niemand hat damals hier im Hause auch nur Andeutungen herausgefunden zwischen meiner Darlegung und Privatinteressen des Reichskanzlers. Gleichwohl hat die officiöse Presse es bei den Wahlen überall so dargestellt. Um so willkommener ist es mir, daß der Reichskanzler heute mir selbst die Gelegenheit geboten hat, diese falschen Beschuldigungen endlich einmal in der Öffentlichkeit richtig zu stellen. Die Art, wie der Reichskanzler immer mehr alles auf meine Person aufspielt, beweist mir, daß ihm selbst mehr und mehr während der Debatte bewußt geworden ist, daß die heutige Debatte eine für ihn ungünstige Seite seiner Wirthschaftspolitik klargestellt hat. (Beifall.)

Der Titel wird genehmigt; ebenso der Rest des Kapitels.

Um 6 Uhr wird die weitere Verathung bis Freitag vertagt.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Bremen, 8. Januar. (Schlußbericht.) Petroleum schwach. Standard white loco 7,20—7,15 bez. 7c Februar 7,20 bez. 7c März 7,30 Br., 7c April 7,40 Br., 7c August-Dezember 7,85 Brief.

Frankfurt a. M., 8. Januar. Effecten = Societät (Schluß.) Creditactien 251, Franzosen 249, Lombarden 122, Galizier 219  $\frac{1}{2}$ , Aegypter 64  $\frac{1}{2}$ , 4% ungar. Goldrente 79  $\frac{1}{2}$ , 1880er Russen 82  $\frac{1}{2}$ , Gotthardbahn 106  $\frac{1}{2}$ , 5% serb. Rente 86. Fest.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Anschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: G. Röcker — für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schiffsfahrtsnachrichten; A. Klein — für den Anzeratenthell; A. B. Kaufmann, sämmtlich in Danzig.